

Gegen die Koppelung von Tarifen und Gebühren an die Inflationsrate (eingebracht von der Wr. Stadtleitung)

Mit großer Mehrheit angenommen

Die KPÖ - Wien lehnt die von der Gemeinde Wien offenbar geplante Koppelung von kommunalen Gebühren und Tarife an die Inflationsrate prinzipiell ab, da dadurch Tarife und Gebühren jährlich und automatisch erhöht würden.

Begründung:

* Wie bei den Mieten setzt eine zusätzliche Koppelung auch der kommunalen Tarife und Gebühren an die Inflationsrate automatisch eine sich ständig nach oben bewegende Preisspirale in Gang.

* Gleichzeitig hat der größte Teil des Warenkorbs, der zur Berechnung der Indexsteigerungen herangezogen wird, nichts mit den Gebühren und Tarifen der Kommune zu tun. Dadurch würden die Tarife jährlich überdurchschnittlich angehoben werden.

* Demokratiepölitisch wäre eine solche automatische Preisanpassung äußerst bedenklich, da damit auch die Rechte der Opposition, sich auch gegebenenfalls gegen eine Gebührenerhöhung auszusprechen oder diese zu diskutieren, zukünftig von vornherein ausgeschaltet wäre.

Die KPÖ spricht sich jedenfalls nicht nur aus den erwähnten Gründen gegen eine solche Vorgangsweise aus, sondern auch, weil es sich dabei um eine äußerst unsoziale und volkswirtschaftlich schädliche Maßnahme handeln würde.

Dieses Vorhaben wurde bereits Ende 2005, also kurz nach den Gemeinderatswahlen, bekannt und medial verbreitet (Die Presse). Seither ist es darum ruhig geworden. Offensichtlich auf Grund der NRW wurde bisher auch keine diesbezügliche Gesetzesinitiative eingebracht. Durch die noch immer nicht zustande gekommene Regierung und der Gefahr baldiger Neuwahlen scheinen die Rathausverantwortlichen sich noch bedeckt zu halten. Es wäre wichtig mit dieser Information in die Öffentlichkeit zu gehen. Meine diesbezügliche Anfrage in der Leopoldstädter BV wurde dahingehend beantwortet, dass die Gemeinde auf Grund der angespannten Finanzlage die Kosten eindämmen müsse. Eine entsprechende Gesetzesinitiative wurde verneint.